einer österreichischen Gesandtschaft in Verbindung treten werde, mit der Absicht, die wechselseitigen Sichtvermerke zwischen beiden Ländern aufzuheben. (Lebhafter Beifall.)

Nach Ausführungen des Abg. Dr. Hilferding (Soz.), des Abg. Meyer-Berlin (Dem.), die für die Vorlage eintraten, und des Kommunisten Stöcker, der sich dagegen aussprach, wurde der Vertrag in zweiter und dann auch in dritter Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten endgültig angenommen, ebenso die Vorlage zur Verlängerung des vorläufigen Handelsabkommens mit Portugal.

Die Ruhrdenkschrift der Regierung.

Dann trat das Haus in die Beratung der Denkschrift über die Ruhrkredite ein, über die Erstattung der Reparationslasten und die Schäden der Privatwirtschaft des Rhein- und Ruhrgebietes. Verbunden damit wurden kommunistische und sozialdemokratische Anträge auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Ruhrkredite.

Die Regierung erbittet Indemnität.

Reichsfinanzminister Dr. von Schlieben leitete die Beratung mit der Erklärung ein, die Regierung erkenne an, daß bei den Ruhrentschädigungen eine Etatsüberschreitung vorliege, und sie erbitte dafür Indemnität. Die Regierung hätte von vornherein die Absicht gehabt, diese Angelegenheit dem Reichstage sofort nach seinem Zusammentritt zu unterbreiten.

Abg. Dr. Hertz (Soz.) begründete den Antrag seiner Freunde auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Hergabe der 700 Millionen Entschädigungen an die Ruhrindustrie. Die Denkschrift der Regierung schaffe keine befriedigende Aufklärung. Angesichts der Versuche von rechts, die früheren sozialdemokratischen Minister für die Ruhrentschädigungen mit verantwortlich zu machen, müsse seine Partei von dem jetzigen Reichskanzler verlangen, daß er der Wahrheit die Ehre gibt und bestätigt, daß sein Amtsvorgänger als Finanzminister Dr. Hilferding nichts mit dieser Angelegenheit zu tun hatte. (Reichskanzler Dr. Luther nickt bestätigend.) Das Organ des Ministers Dr. Stresemann habe aber zunächst, der Wahrheit zuwider, auch die sozialdemokratischen Minister als beteiligt hingestellt. (Minister Dr. Stresemann rief: „Unsinn!") Während die Ruhrindustrie sich unerhört bereichert habe, seien 7000 Arbeiter und Angestellte der Mieumzechen brotlos auf die Straße gesetzt worden. Seine Partei verlange die Rückzahlung der Entschädigung, damit mit diesen Mitteln das schwere Unrecht gutgemacht wird, unter dem die Aufwertungsinteressenten bisher leiden mußten.

Untersuchungsausschuß verlangt.

Von den Parteien der Rechten und vom Zentrum war ein Antrag eingegangen: Gemäß Art. 34 der Reichsverfassung wird ein Untersuchungsausschuß eingesetzt mit der Aufgabe, festzustellen, ob irgendwelche Beträge an die Ruhrindustrie gesetzlich gezahlt worden sind, und ob daher eine Rückerstattungspflicht vorliege.

Abg. Dr. Cremer (D. Vp.) gab für die Fraktionen der Deutschnationalen, der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung eine Erklärung ab, worin gesagt wird, die unterzeichneten Fraktionen seien überzeugt, daß die Reichsregierung bei dem Ersatz der Reparationsschäden gehandelt habe unter dem Druck der Notwendigkeit, die deutsche Wirtschaft vor dem vollständigen Zusammenbruch zu bewahren. Sie sei gleichwohl für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, damit objektiv festgestellt werde, daß die Maßnahmen der Regierung durch zwingende Verhältnisse geboten waren, daß sie weder die Finanzen des Reiches geschädigt, noch Privatpersonen unzulässige Vorteile zugeführt habe. Die Fraktionen beantragen weiter die Überweisung der Denkschrift an den Hauptausschuß.

Reichskanzler Dr. Luther

nahm nun das Wort, von der Linken mit Unruhe empfangen. Er führte aus: Aus der Denkschrift ergäbe sich, daß es sich bei den 700 Millionen um die Gesamtbeträge handele, die an Entschädigungen im besetzten Gebiet gezahlt worden seien. Die Zahl der Empfänger umfasse 4000 Personen (Hört, hört! rechts). Es handele sich einfach um den Ersatz der durch Gewalt den Bewohnern der besetzten Gebiete weggenommenen Leistungen (Stürmischer Widerspruch links). Das Reich hätte, soweit es dazu imstande gewesen sei, diese Leistungen ersetzen müssen. Der springende Punkt sei doch der gewesen, die Erwerbslosigkeit im besetzten Gebiete zu verhüten und das Wirtschaftsleben in Gang zu halten (Lärmender Widerspruch links). Der Kanzler bestritt, daß es zu der Indemnitätsvorlage der Regierung erst eines Anstoßes von außen bedurft hätte. Schon in der ersten Sitzung des Haushaltsausschusses hätte der Reichsfinanzminister als erster Redner dem Ausschuß Auskunft gegeben. Auf einem anderen Wege hätte nicht verfahren werden können, da der Reichstag gar nicht früher zusammengetreten sei. (Gelächter links.) Auf verschiedene Zwischenrufe von der Linken erklärt der Kanzler sehr erregt: Jawohl, die Reichsregierung hat es damals auf sich genommen,

das deutsche Volk durch die furchtbaren Verhältnisse hindurchzuführen.

(Stürmischer Beifall rechts, Lärm links.) Nach Abschluß des Londoner Abkommens sei der Reichstag in die Ferien gegangen. In diese Zeit falle die Herabsetzung der Umsatzsteuer, die Erhöhung der Beamtengehälter, alles hätte ohne den Reichstag geschehen müssen. Soll man der Regierung vorwerfen, daß es ihr gelungen sei, im Laufe des Jahres die Reichsfinanzen zu sanieren? (Großer, anhaltender Lärm links. Rufe rechts: Ruhe!) Die Zusage hätte erst für die Zeit nach der Sanierung gegolten. Hätte man die Zahlungen verweigern sollen, nachdem das deutsche Volk dazu in der Lage gewesen sei, sie zu leisten? Der Reichskanzler gab dann einen zahlenmäßigen Überblick. Auch der preußische Handelsminister Siering habe in seinem Gutachten gesagt, daß die Ruhrindustrie ihre tatsächlichen Aufwendungen ohne die Zinsverluste nicht gedeckt hätte. (Lebhaftes Hört, hört!) Der Kanzler stellte für die Finanzverwaltung fest, daß nur Zahlungen geleistet worden seien, zu deren Leistung

nicht nur juristische, sondern auch politische Verpflichtungen

bestanden. Die Regierung sei bereit, einem Ausschuß über jede Einzelheit Auskunft zu geben, und begrüße jede rechnerische Nachprüfung. Es sei eine Irreführung der öffentlichen Meinung, wenn behauptet werde, daß die Zahlungen nur an einen Teil der Bevölkerung gegangen seien. (Beifall und Händeklatschen rechts. Lärm links.)

Abg. Frau Gohlke (Ruth Fischer) (Komm.) führt aus, die Abgeordneten außer den Kommunisten seien einschließlich der Sozialdemokraten ebenso wie die Regierung Marionetten der Schwerindustrie.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) meinte, bei der Berechnung der Entschädigungen und Kohlenpreise habe sich Dr. Luther offenbar zu einseitig von den Interessenten beraten lassen. Auch nach den Angaben der Regierung selbst ergäbe sich, daß 140 Millionen zuviel gezahlt worden seien.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

nimmt ebenfalls Gelegenheit, dem Abg. Dr. Hertz zu antworten. Er führte aus, wie stark bei der wechselnden Haltung der Reichsregierung nach dem Abbruch des passiven Widerstandes die Außenpolitik damals in die Dinge hineingespielt habe. Es sei damals fieberhaft an einer besseren Lösung der Reparationsfrage gearbeitet worden. In jener Zeit, wo man noch eine günstigere Lösung erwarten durfte, wäre es ganz unmöglich gewesen, mit einer Aufklärung an die Öffentlichkeit zu treten oder offen zu erörtern, welche Abmachungen mit der Industrie über die Frankreich gegenüber einzunehmende Haltung getroffen waren. Wie der Minister weiter hervorhob, ist sein Brief an Stinnes dem gesamten Reichskabinett bekannt gewesen. An der entscheidenden Kabinettssitzung vom 30. Oktober hätten nicht nur die sozialdemokratischen Minister Schmidt und Sollmann teilgenommen, sondern auch der preußische Ministerpräsident Braun. Als Beschluß dieser Kabinettssitzung sei protokollarisch festgelegt, daß die Industrie zunächst aus Privatkrediten die Leistungen an Frankreich übernehmen solle, und dann heißt es wörtlich: „Das Reich erkennt die Verpflichtung zur Ersatzleistung an. Die Ersatzleistung könne erst eintreten, wenn die Finanzen des Reiches in Ordnung gebracht worden sind." (Unruhe und Zurufe bei den Soz.) Der Vorsitzende des deutschen Bergarbeiterverbandes, der sozialdemokratische Abgeordnete Husemann habe damals in einem Briefe an ihn verlangt, daß die Sachleistungen der Industrie vom Reich bezahlt würden. In der erwähnten Kabinettssitzung hätte Einmütigkeit geherrscht. Der damalige Innenminister Sollmann hätte sich sogar dagegen gewandt, daß der Finanzminister auf einzelnen Gebieten sparen wollte. Der preußische Ministerpräsident Braun hätte gleichfalls zugestimmt und gebeten, aus Gründen der Volksmentalität den Namen Stinnes nicht zu sehr in den Vordergrund zu stellen. (Hört, hört! rechts.) In der vorletzten Kabinettssitzung, der die sozialdemokratischen Minister beigewohnt hatten, hätten sie allerdings Stimmenthaltung geübt, nicht aber in der ersten entscheidenden Sitzung. Es werde aber auch übersehen, daß bei allen diesen Dingen von entscheidender Bedeutung die außenpolitischen Gesichtspunkte gewesen seien, die damals kurz vor London hätten gelten müssen.

Abg. Hertz (Soz.) erklärte, daß zu der Sitzung, die am 21. Oktober von der Regierung mit der Ruhrindustrie abgehalten worden sei, gerade der zuständige Wiederaufbauminister, der Sozialdemokrat Robert Schmidt, nicht zugezogen worden sei.

Abg. Schneller (Komm.) erklärte, die Sozialdemokratie sei mitschuldig an dem großen Volksbetrug, den hier die Regierung verübt habe.

Abg. Robert Schmidt (Soz.) meinte, die Sitzung vom 30. Oktober sei nicht die entscheidende gewesen. In ihr hätte das Kabinett zwar mit Zustimmung der sozialdemokratischen Minister eine Entschädigungspflicht des Reiches anerkannt, aber es sei nirgends gesagt worden, daß die Zahlung unter Ausschaltung des Reichstages auf den Verwaltungswege hätte erfolgen sollen.

Minister Dr. Stresemann erklärte dem Vorredner gegenüber, Herr Stinnes hätte weder ihn noch einen Beamten des Außenministeriums ersucht, Herrn Robert Schmidt von der Besprechung auszuschalten

Untersuchungsausschuß eingesetzt.

Damit schloß die Aussprache. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wurde die Einsetzung eines 21gliedrigen Untersuchungsausschusses beschlossen. Die Denkschrift der Regierung wurde dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Dann vertagte sich der Reichstag auf Montag, den 2. März.

Letzte Meldungen

Noch immer keine Einigung über die Veröffentlichung des Berichtes.

Paris, 21. Februar. Trotz der ständigen Verhandlungen zwischen den Kabinetten in Paris, London und Brüssel hat man sich noch immer nicht darüber einigen können, ob nur ein Teil des Kontrollberichtes oder der ganze Bericht veröffentlicht werden soll. In amtlichen Kreisen verlautet, daß man sich grundsätzlich auf eine Veröffentlichung geeinigt habe, nur streite man sich noch darüber, ob sich die Veröffentlichung auch auf die Anhänge erstrecken soll und besonders auf die Teile, die sich mit den Mannschaftsbeständen des deutschen Heeres befassen. Vor Ende der nächsten Woche sei mit einer Einigung nicht zu rechnen. Man glaubt, daß sich die Botschafterkonferenz in ihrer morgigen Sitzung mit dem Hauptbericht befassen wird.

Täglich neue Schandurteile.

Berlin, 21. Februar. Die „Tägliche Rundschau" meldet aus Metz: Das Kriegsgericht verurteilte in Abwesenheit den Major v. Sommerfeld zum Tode, den Soldaten Masseveld, den Eisenbahner Karl Klauser, den Landjäger Fritz Schwede, den Hauptmann Hauck und den Berliner Richter Georg Gasner zu lebenslänglicher Zwangsarbeit.

25000 Personen in Rußland an der Pest gestorben.

Paris, 21. Februar. Nach einer „Fournier"meldung aus Moskau sind, wie der amtliche Bericht des Gesundheitsamtes feststellt, 25 000 Personen in Rußland an der Pest gestorben.

Aus unserer Heimat

Wilsdruff, am 21. Februar 1925.

Merkblatt für den 22. und 23. Februar.

Sonnenaufgang	7^{0}	7^{4}	Mondaufgang	6^{56} N.	7^{26} V.
Sonnenuntergang	5^{32}	5^{34}	Mondunterg.	4^{31} N.	5^{7} N.

22. Februar. 1732 George Washington geb. — 1788 Arthur Schopenhauer in Danzig geb.

23. Februar. 1685 Georg Friedr. Händel in Halle an der Saale geb. — 1879 Generalfeldmarschall Graf Roon in Berlin gest.

•

Schneeflocken.

Graue undurchsichtige Wolkenmassen bedecken den Himmel. Sie bilden das große Wochenbett der lustgeborenen Schneeflocken. Ein schwerfälliges Wogen und Durcheinander vollzieht sich in jenen Regionen. In fahlem Dämmerlicht liegt die Erde. Die kahlen, nackten Zweige der Bäume greifen wie angstverkrampfte betende Hände in die Luft, als wollten sie den schneeigen Wolkenschleier über sich lüften und die vor Kälte schützenden Flocken herunterholen. In froher stummer Erwartung starren die grünen Spitzenköpfe der Wintersaaten empor, wo Hilfe kommt. Ahnungsvoll gehen die Kinder einher und bringen den Rodelschlitten in Ordnung, während der Hausherr Besen und Schneeschaufel im Schuppen hervorsucht.

Unterdessen taumelt eine weiße Schneeflocke schüchtern zur Erde. Auf einer Grünkohlstaude nimmt sie Platz. Zart schmiegt sie sich in das gekräuselte Blattgrün. Eine zweite Flocke fliegt vom Himmel hernieder; eine dritte, eine vierte, immer mehr, unzählbar werden die fallenden weißen Schneekristalle. Ein Kind sitzt am Fenster und schaut das wunderbare Ereignis der Natur zum erstenmal. In freudiger Erregung läuft es zur Mutter, zupft an ihrer Schürze und weist mit seinen kleinen Händchen auf die Straße. Dann erzählt die Mutter ihrem Liebling das schöne Märchen von Frau Holle, die im Winter ihre Betten ausschüttelt, daß die Federn vom Himmel herunterfliegen. Nachdenklich hört die Kleine zu und meint dann schließlich skeptisch: „Frau Holle hat aber nasse Betten."

•

Zur Wetterlage. Ein Tiefdruckwirbel, der zu Beginn der dritten Februarwoche von Südfrankreich ostwärts vorstieß, brachte Süddeutschland, den Alpenländern und Oberitalien Stürme, wie sie seit Jahrzehnten nicht beobachtet wurden. Unermeßlicher Schaden wurde im Bodenseegebiet und in Oberbayern angerichtet. Nachdem sich der Sturm gelegt hatte, trat allgemein eine Abkühlung ein. Mitte der Woche wurde aus den höhergelegenen Orten der deutschen Mittelgebirge und aus Oberbayern starker Schneefall gemeldet. Im übrigen Deutschland setzte gleichfalls eine Abkühlung ein, doch lagen die Temperaturen bei stark veränderlichem Wetter allenthalben über dem Gefrierpunkt. Es besteht jedoch die Aussicht, daß die kalten Luftmassen, die in den letzten Tagen der Woche über Skandinavien lagen, nach Süden einbrechen, und daß wir dann noch etwas vom Winter zu verspüren bekommen.

Ermäßigte Zinssätze der Rentenbank für die Landwirtschaft. Die Deutsche Rentenbank teilt mit: Zur Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktion hat der Verwaltungsrat der Rentenbank beschlossen, eine Ermäßigung der Zinssätze sowohl für die eigenen Mittel der Deutschen Rentenbank wie auch für die Abwicklungskredite eintreten zu lassen. Die Rentenbank gibt ihre Gelder an die Kreditvermittler nunmehr zu Bedingungen, die es dem letzten Geldgeber ermöglichen, alle von der Deutschen Rentenbank herrührenden Kredite zu 12% an die Landwirtschaft zu leiten. Dieser Beschluß tritt, wie der Nachrichtendienst aufklärend hinzufügt, sofort in Kraft. Der Zinssatz von 12% ist als Höchstsatz aufzufassen; eine Ermäßigung unter diesem Satz ist anzustreben. Bei laufenden Wechseln soll von der ersten Fälligkeit an ebenfalls die Verbilligung eintreten.

Schulausschußsitzung am 19. Februar 1925. Der Schulausschuß nimmt davon Kenntnis, daß Lehrer Gohle an einem Arbeitsunterrichtskursus und Lehrer Anders an einem Lichtbildervorführerkursus teilgenommen haben. Eine Schulhausbesichtigung hat ergeben, daß die Abortverhältnisse ungeeignet sind. Es wurde beschlossen, bausachverständige Gutachten über eine zweckmäßige Aenderung der Abortanlage einzuholen. Von den ärztlichen Untersuchungen der Schulkinder, die ein erschreckendes Ergebnis gezeigt haben, nimmt man Kenntnis. Die Gesuche um Aufnahme auswärtiger Schüler werden bis auf zwei, da in diesen Fällen die Klassen schon die zulässige Höchstzahl haben, genehmigt. Zum Uebergang einiger Bibliotheksbücher aus der Volksschul- in die Berufsschulbibliothek nimmt man ablehnenden Standpunkt ein. Dem Antrage der Lehrerschaft auf Einführung einer neuen Lesefibel stimmt man zu.

Achtung Handwerker! Montag nachmittags 5 Uhr spricht Dr. Kunze über den Kreditstock. Das Erscheinen aller Handwerksmeister ist dringend nötig.

Aerztlicher Sonntagsdienst. Sonntag den 22. Februar: Dr. Bretschneider (Wilsdruff) und Dr. Wolfburg (Seeligstadt).

Hauptversammlung des Sächsischen Verkehrsverbandes. Die nächste Hauptversammlung des Sächsischen Verkehrsverbandes findet diesmal in den Tagen vom 7. bis 8. März in Oberwiesenthal statt. Am Sonnabend den 7. März findet eine Verbandssitzung statt, während für Sonntagvormittag die Besprechung verschiedener Verkehrsangelegenheiten auf der Tagesordnung steht, an die sich die Hauptversammlung anschließen wird. Der Rest des Sonntags dient der Besichtigung der neugeschaffenen Sportanlagen in Oberwiesenthal. Der Sächsische Verkehrsverband hat übrigens eine Werbeschrift über den Wintersport in Sachsen in deutscher und englischer Sprache herausgegeben, die neben den verschiedensten Abbildungen auch alles verkehrstechnisch Wissenswerte bringt.

Keine mündlichen Osterprüfungen. Wie aus Dresden gemeldet wird, hat das Volksbildungsministerium erlaubt, daß auch die diesjährigen mündlichen Osterprüfungen an den höheren Schulen wegfallen. Unberührt davon bleibt jedoch die Abschlußprüfung der Klasse 2 an den Seminaren.

7,20-Uhr-Schulbeginn an den Dresdner höheren Schulen im Sommer. Das Ministerium für Volksbildung hat auf eine von der Schulkommission befürwortete Eingabe des Haupt-Elternausschusses der höheren Schulen von Dresden und Umgebung die Festsetzung des Unterrichtsbeginns an den städtischen höheren Schulen im Sommerhalbjahr 1925 auf 7,20 Uhr früh genehmigt und die staatlichen höheren Schulen angewiesen, den Unterrichtsbeginn im Sommerhalbjahr 1925 auf den gleichen Zeitpunkt festzusetzen. — Die Reichseisenbahnverwaltung ist ersucht worden, bei Aufstellung der Fahrpläne für die Vorortszüge auf den festgesetzten Unterrichtsbeginn wegen der in den Vororten wohnenden Schüler entsprechend Rücksicht zu nehmen.

An Straßensammlungen dürfen schulpflichtige Kinder nicht mehr teilnehmen. Das Arbeitsministerium hat in einer Verordnung an die Kreishauptmannschaften angeordnet, daß die Beteiligung von Schülern und Schülerinnen unter vierzehn Jahren an Straßensammlungen aus erziehlichen Gründen nicht mehr zulässig sei.

Limbach. (Kirchenvorstandswahl.) Bis zum 28. Februar kann die Eintragung in die Wählerliste für die am 22. März angesetzte Kirchenvorstandswahl für die, welche sich nicht schon früher haben eintragen lassen, erfolgen.

Klipphausen. (Theaterabend.) Am Fastnachtsdienstag veranstaltet der Dramatische Verein Wilsdruff im hiesigen Gasthof eine Aufführung der Rosenowschen Komödie „Kater Lampe". Das Stück ist gut einstudiert und wurde bei seiner Aufführung in Wilsdruff mit großem Beifall aufgenommen. Der Besuch ist warm zu empfehlen. (Vgl. Inserat.)

•

Wetterbericht.

Trübe bis wolkig, zeitweise, hauptsächlich im Gebirge noch Schneefall, kalt, nördliche bis östliche Winde zunehmender Stärke.

Sachsen und Nachbarschaft

Freital. (Jahrmarkt.) Der erste Freitaler Jahrmarkt findet vom 1. bis 3. März statt.

Dresden. (Tollwütiger Hund.) Ein aufsehenerregender Fall spielte sich am Donnerstag abends gegen 8 Uhr am Bismarckplatz ab. Eine 24jährige Stütze führte um die genannte Zeit eine dem Kunstmaler P. gehörige englische Dogge aus. Plötzlich riß sich das Tier los, streifte sich den Maulkorb ab und biß fortgesetzt auf die Stütze ein, so daß letztere zu Boden fiel und sich von dem Tier nicht befreien konnte. Ein in Loschwitz wohnender

SLUB
Wir führen Wissen.
Heimatmuseum
der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF